

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein
MdB zur Bremsrolle
der Koalition in der
Umweltpolitik: Kein
Verzicht auf Tropenhöl-
zer in Bundesbauten.

Seite 1

Malte Ristau und Klaus-
Jürgen Scherer zu Ba-
darf und Möglichkeiten
der Erneuerung am
Beispiel der SPD: Mo-
dernisierung der
Volksparteien? (Teil II
und Schluß).

Seite 3

47. Jahrgang / 88

6. Mai 1992

Kein Verzicht auf Tropenhölzer in Bundesbauten Zur Bremsrolle der Koalition in der Umweltpolitik

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission Vorsorge
zum Schutz der Erdatmosphäre

Kurz vor der UN-Konferenz in Rio de Janeiro ist die Bundesregierung dabei, ihre behauptete Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz Stück für Stück zu demontieren. Das gilt sowohl für die Bekämpfung des Treibhauseffekts als auch für dringende Maßnahmen zum Schutz der tropischen Wälder.

Die jüngsten Beschlüsse im federführenden Umweltausschuß zeigen, daß die heutige Position der Mehrheitskoalition aus CDU/CSU und FDP meilenweit hinter die Handlungsempfehlungen der Klima-Enquete-Kommission zurückfällt. Nicht nur im internationalen Bereich, sondern auch im nationalen Bereich ist die Bundesregierung nicht handlungsbereit und nicht handlungsfähig.

Der Bericht der Bundesregierung vom 13.12.1991 über ihre Aktivitäten zur Tropenwalderhaltung ist eine Ansammlung von Unverbindlichkeiten und macht sichtbar, daß die Regierung in keinem Punkt den Auftrag des Bundestages (Beschluß vom 26.10.1990) ernsthaft in Angriff genommen, geschweige denn wirklich erfüllt hat.

Es gibt bis heute

- kein nationales Aktionsprogramm zum Tropenwaldschutz, der als Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit ausgewiesen werden sollte
- keine bilateralen Modellprojekte zur Erhaltung von Primärwäldern (mit Ausnahme des Pilotprogramms für Brasilien, das jedoch in der konkreten Umsetzung blockiert ist)
- kein umfassendes Entschuldungskonzept für Tropenwaldländer, obwohl unbestritten ist, daß der Zwang zur Devisenerwirtschaftung in vielen Entwicklungsländern unmittelbar zur Regenwaldzerstörung führt
- kein Programm für den Transfer umweltfreundlicher Technologien, insbesondere für die Nutzung regenerativer Energien (Solar-energie!), um den übermäßigen Brennholzverbrauch zu stoppen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
mit wertvollem Rücklagen-
Regolung-Papier



- keine Initiative zur Einrichtung eines Treuhandfonds zum Schutz der tropischen Wälder - entsprechend der Forderung des Deutschen Bundestags sollte er einen Umfang von 10 Mrd DM haben, und u.a. auch zur Einrichtung von Nationalparks, zu Wiederaufforstungen und Kompensationszahlungen für Nutzungsverzichte verwendet werden
- keinen Beschluß zur Verdoppelung der nationalen Mittel für Tropenwaldschutzmaßnahmen auf 500 Mio DM jährlich und zur Aufstockung der EG-Mittel im Rahmen eines Stufenplans auf 100 Mio ECU ab 1992 und auf 500 Mio ECU ab 1994.

Der Antrag der SPD, der die Bundesregierung auffordert,

1. sich für ein EG-weites Importverbot aus Primärwäldern einzusetzen,
2. durch Einführung einer Kennzeichnungspflicht sicherzustellen, daß nur noch Tropenhölzer aus nachhaltig bewirtschafteten Sekundärwäldern importiert werden, und
3. bei sämtlichen Baumaßnahmen in der Planungshoheit des Bundes - einschließlich Bundeswehr, Bundesbahn und Reichsbahn sowie Bundespost - ab sofort auf die Verwendung tropischer Hölzer zu verzichten,

wurde in allen 3 Punkten von der Koalition in Bausch und Bogen abgeschmettert.

Mit der Ablehnung der Forderung, in Bundesbauten künftig auf Tropenhölzer zu verzichten, fällt die Bundesregierung den mehr als 100 deutschen und europäischen Städten - darunter Hamburg, Berlin, Frankfurt, Hannover, München, Rostock, Saarbrücken, Salzburg, die im Klimabündnis zusammengeschlossen sind - in den Rücken. Diese Städte haben sich 2 Ziele gesetzt:

1. den Ausstoß von CO₂ in ihrem Bereich bis zum Jahre 2010 zu halbieren
2. generell keine Tropenhölzer in öffentlichen Bauten mehr zu verwenden.

Ein positiver Beschluß der Bundesregierung hätte auch eine Signalwirkung für die EG-Partnerstaaten gehabt, und er hätte darüberhinaus einen gewissen Druck auf die außereuropäischen Industriestaaten, insbesondere auf Japan, ausgeübt, das weltweit der größte Tropenholzverbraucher ist (rd. 48% des auf dem Weltmarkt befindlichen Tropenholzes gehen nach Japan).

Die Bundesregierung muß sich fragen lassen, ob sie es für verantwortlich hält, weiterhin Ministerien, Behördenbauten und staatliche Gasthäuser, wie z.B. den Petersberg, mit Fenstern, Parkettböden und Wandverkleidungen aus Meranti, Sipo-Mahagoni oder Iroko auszustatten, obwohl unbestritten ist, daß der kommerzielle Holzeinschlag eine der wesentlichen Ursachen der Regenwaldvernichtung darstellt und daß bei Fortsetzung des gegenwärtigen Trends z.B. in Malaysia und auf den Philippinen in 5 - 10 Jahren die letzten Bestände tropischer Primärwälder verschwunden sein werden.

Der Anspruch auf eine bundesdeutsche Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz fällt in sich zusammen wie ein Kartenhaus.

Mit dem Nichthandeln und dem Nichtumsetzen von Parlamentsbeschlüssen und als dringlich erachteten Empfehlungen der Enquete-Kommission macht sich die Bundesregierung schwerer Unterlassungssünden schuldig. Das betrifft auch die nur halbherzigen oder völlig fehlenden Initiativen in Bezug auf die UNCED-Konferenz in Rio.

Angesichts der abwehrenden und uneinsichtigen Haltung wichtiger Industrieländer, wie z.B. den USA, kann nur entschlossenes Handeln der europäischen Gemeinschaft oder einer Gruppe von Industriestaaten die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" noch zum Erfolg führen.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, alles zu unternehmen, damit die EG sich in Rio für ein wirksames weltweites Klimaschutz-Regime einsetzt.

Vorrangige Ziele sind:

- Abschluß einer Klimakonvention mit Festlegung verbindlicher CO₂-Reduktionsraten für die Industrieländer
- Einrichtung eines Klimafonds (oder Green Fund) zur Unterstützung der Entwicklungsländer und Erleichterung des Übergangs zu umweltfreundlichen Produktionsformen
- Handlungskonzept für einen umfassenden Technologietransfer in die Dritte Welt, insbesondere für die Nutzung der Solarenergie und anderer erneuerbarer Energiequellen
- Rahmenabkommen für eine Konvention zum Schutz der nördlichen und der tropischen Wälder; Vorbereitung eines Waldprotokolls
- Einrichtung eines UN-Umweltrats als Exekutivorgan.

In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung die Chance versäumt, selbst demonstrativ voranzugehen und energische Schritte für eine ökologische Umsteuerung der eigenen Volkswirtschaft zu unternehmen, insbesondere in der Energie- und Verkehrspolitik.

Von den für 1991 zugesagten Gesetzesänderungen liegt keine einzige vor: weder die Novelle zum Energiewirtschaftsgesetz noch die versprochene Verschärfung der Wärmeschutzverordnung oder die Verordnung zur Nutzung industrieller Abwärme, noch ein Gesetzentwurf für eine schadstoffbezogene Kraftfahrzeug-Steuer oder für die - ebenfalls angekündigte - Erhebung einer Klimaschutzsteuer bzw. -abgabe.

Eine bloße Ankündigungspolitik löst nicht nur keines der drängenden Probleme, sondern beschädigt auch die ökologische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik weltweit.

Die SPD fordert daher schnelles Handeln im Sinne der gegebenen Zusagen.

(-/6. Mai 1992/rs/tr)

Modernisierung der Volksparteien? (Teil II und Schluß) **Zu Bedarf und Möglichkeiten der Erneuerung am Beispiel der SPD**

Von Malte Ristau und Klaus-Jürgen Scherer
Referenten im Planungslab des SPD-Partelvorstandes

Sozialdemokratische Verarbeitung der Bundestagswahl

Der designierte neue Parteivorsitzende Björn Engholm stellte im März 1991 seine Erwartungen an das (künftige) Profil der SPD vor: 'offen kompetent und mehrheitsfähig' (Presseservice der SPD 89/91). In seiner Antrittsrede auf dem Bremer Parteitag Ende Mai 1991 entwickelte Engholm Vorstellungen über eine moderne linke Volkspartei. Er rief auf zu Öffnung und Dialogfähigkeit, zu neuen Arbeits- und Kampagneformen, zum Einbezug externen Sachverständigen, zu Wissens- und Ressourcentransfer. Hierbei ging es nicht nur um die eigene Kandidatur, dies war vielmehr vor allem eine Reaktion auf die verheerende Wahlniederlage vom 12. Dezember 1990 und die darauf folgenden innerparteilichen Diskussionsbeiträge. Das Ergebnis der Bundestagswahl '90 war wesentlich dadurch geprägt, daß SPD und Grüne in der Wahrnehmung der Wählemehrheit offenbar nicht in der Lage waren, sich auf die neue Situation der Deutschen Einheit angemessen einzustellen. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat (fürwahr ein 'Modernisierer' in der westdeutschen Debatte der 80er Jahre!) wirkten in einer von heute auf morgen auf den Kopf gestellten gesellschaftlichen Situation seltsam 'unzeitgemäß', wenn nicht

gar 'unmodern'. Die für das SPD-Wahlergebnis dramatische Ungleichzeitigkeit bestand darin, daß der langjährige politische Ladenhüter 'Wiedervereinigung' zum Gradmesser von Kompetenzausweisung und Modernität wurde, während die gesellschaftlich eigentlich modernen Themen und Kompetenzen ('ökologischer Umbau der Industriegesellschaft'; Erneuerung sozialer Sicherheit; Zukunft der Arbeit etc.), die noch ein Jahr zuvor zur Meinungsführerschaft verholfen hatten, in den Hintergrund gedrängt wurden.

Doch hinter dem Wahlergebnis verbirgt sich auch eine andere, eher epochale Entwicklung hin zur 'neuen Unübersichtlichkeit' (Jürgen Habermas). In den darauffolgenden Landtagswahlen bestätigte sich die Bedeutungssteigerung von Phänomenen wie Wechselwählen, konjunkturelles Nichtwählen sowie die Wahl sogenannter Sonstiger.

Die Volksparteien Union und SPD erreichten zusammen nur noch 77,5 Prozent der Zweitstimmen. Das Erreichen der 40-Prozent-Marke ('strategische Mehrheitsfähigkeit') gilt bei beiden noch als realistische Option für 1994. Mehrfache öffentliche Überlegungen des SPD-Parteivorstehenden, wie auch des SPD-Bundesgeschäftsführers zur Ampelkoalition werden vor diesem Hintergrund ebenso verständlich, wie eine gleichlautende Empfehlung von Peter Radunski an die CDU. Der 'Charme' der Ampel beschränkte sich erst einmal auf die Summe der Mandate von drei Parteien. Die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik offenbart darüberhinaus als spezifisches Problem der SPD, daß der Abstand zwischen SPD und Union im Schnitt zehn Prozent betrug, in der Gruppe der ab 60jährigen (1/3 der tatsächlich Wählenden) aber 20 Prozent. In einem Auswertungspapier der NRW-SPD wurde dieser Abstand lapidar kommentiert: 'auf eine strukturelle Minderheitsposition festgeschrieben'. Bereits auf dem Bremer Parteitag lag mit dem (maßgeblich von Vogel und Kiose initiierten) Parteivorstandsantrag 'Zukunftsbündnisse mit den Älteren' zu diesem Problem ein systematisches Konzept vor, in dem der SPD-Vorstand mit einem Set von aufeinander abgestimmten Maßnahmen den demographisch bedingten Veränderungsprozeß der Mitglieder- und Wählerstruktur bewältigen will.

Modernisierung als Projekt SPD 2000

Das Sich-Wieder-Finden als Drittel-Partei führte dazu, daß aus den Reihen regionaler Parteileiten zur Jahreswende 90/91 in Landesverbänden wie NRW, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg Modernisierungspapiere formuliert wurden. Im 'Vorwärts' begann eine bis heute laufende Diskussion und im Bonner Ollenhauer-Haus (EOH) wurde eine selbstkritische Wahlauswertung kombiniert mit konkreten Veränderungsvorschlägen für die eigene Arbeit. Auch in vielen Unterbezirken und den großen Arbeitsgemeinschaften gab es eine Reihe von Wortmeldungen und punktuellen Aktivitäten. Falsch wäre es allerdings, von einer flächendeckenden oder sich schneeballartig verbreitenden Diskussion zu sprechen. Um einem Abflauen der Debatte im Frühjahr 1991 entgegenzuwirken, brachte der Parteivorstand zum Bremer Parteitag einen kurzen Leitartikel ein, dem als Material im EOH erarbeitete 43 Thesen beigegeben waren.

Der von den Delegierten beschlossene Antrag forderte eine koordinierte Kraftanstrengung 'zur organisatorischen Erneuerung der SPD' ein und gab dem für die Laufzeit von eineinhalb Jahren geplanten Modernisierungsprojekt den anspruchsvollen Titel 'SPD 2000'. Die etwas weit-schweifig formulierten 43 Thesen wurden den Untergliederungen zur Diskussion empfohlen und aus diesem Grunde als Parteibroschüre veröffentlicht und in den folgenden Monaten mehrfach nachgedruckt. Sie geben zu weiten Teilen auch den Diskussionsstand der o.g. regionalen Papiere wieder. In den deskriptiven beziehungsweise analytischen Teilen liefern die Thesen eine relativ realistische Bestandsaufnahme, die Empfehlungen für konkrete Maßnahmen halten sich in Grenzen. Von der Diskussion der Thesen kann daher auch nur ein begrenzter Innovationsschub für die SPD ausgehen. Die Therapie-vorschläge sind behutsamer formuliert als in den Vorläuferpapieren. So taucht zum Beispiel die Forderung nach einer unternehmerischen Beratung für eine veränderte, effektive Arbeitsorganisation nicht mehr auf. Sowohl die abschätzbaren hohen Kosten als auch die von vielen Parteimitgliedern negativ besetzte Zuordnung einer derartigen Beratung zum 'gegnerischen Lager' mögen dem Projekt im Wege gestanden haben. Auch ist die Bereitschaft, gewachsene Organisationsformen wie Ortsvereine oder Arbeitsgemeinschaften zur Diskussion zu stellen, in den Thesen nicht besonders hoch.

Über kleine Schritte kam im Herbst 1991 die selbstverordnete Organisationsreform in Gang. Ein erster Akzent wurde mit einem neuen Strukturplan für die Bonner Parteizentrale gesetzt. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen die Einrichtung eines Planungstabes, der Ausbau einer außenpolitischen Abteilung, das Zusammenführen aller innenpolitischen Referate in einer Abteilung, die Integration der EDV in die Organisationsabteilung. Die Stichworte der Neuorientierung lauten: Professionalisierung, Ausbau der Dienstleistungskapazitäten, Konzentration auf Schwerpunkte. Entscheidender noch als die institutionellen Regelungen dürfte sein, inwieweit sich das 1991 angekündigte Konzept 'flacher Hierarchien', die Arbeit in Projekten und Teams sowie das Kompetenz-Training der Mitarbeiter in der Praxis wiederfinden lassen. Die Konkurrenzfähigkeit der SPD wird sich auch an diesem Punkt mitentscheiden.

Parallel zur Umgestaltung des EOH wurden auch Führungs- und Integrationsinstrumente des SPD-Vorstandes neu geordnet. Die von Peter Lösche etwas überpointiert dargestellte 'lose verkoppelte Anarchie' der sozialdemokratischen Organisationswirklichkeit erscheint tatsächlich zunehmend als ein Verbund von regionalen Segmenten: Führung durch Zusammenführung soll das 13köpfige Präsidium, das wöchentlich zusammentritt, betreiben. Der mehr als 40köpfige Parteivorstand, der circa alle fünf Wochen tagt, soll für innerparteiliche Konsensbildung sorgen; (vor-)gedacht, diskutiert und in vielen Fällen entscheidungsreif formuliert, wird in den kontinuierlich arbeitenden Kommissionen, die von einzelnen PV-Mitgliedern geleitet werden. Besonders herausgehoben wurden 1991 folgende Bereiche:

- Projektgruppe Deutschland 2000;
- Projektgruppe Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, Europa;
- Projektgruppe Verfassungsreform;
- Projektgruppe SPD 2000.

Darüberhinaus wurden neun Kommissionen neu eingerichtet beziehungsweise neu zugeschnitten: Internationale Beziehungen, Demographischer Wandel, Sport/Freizeit, Bildung und Wissenschaft, Grundwerte, Historische Kommission, Jugend, Medienpolitik, Organisationspolitik.

An fünf vom EOH in Abstimmung mit den Landesverbänden organisierten Regionalkonferenzen nahmen vom Oktober 1991 bis Januar 1992 knapp 1.000 FunktionärInnen der mittleren Parteebene teil. Mit derartigen Konferenzen sollte Motivation gestärkt oder neu geschaffen werden; über Referate und Diskussionsbeiträge sollten Lernziele der Erneuerung vermittelt werden; in Arbeitsgruppen sollten neue Formen der politischen Arbeit präsentiert werden; es ging schließlich darum, Anschlußprojekte zu vereinbaren.

Weitere Bausteine des Projektes SPD 2000 sind 1992 unter anderem: Zukunftswerkstätten innerhalb der SPD-Bildungsarbeit, Konferenzen zur Arbeit in Großstädten sowie im ländlichen und kleinstädtischen Raum, eine zentrale Großveranstaltung, regionale Auswertungsveranstaltungen zur Parteidiskussion, diverse Mitgliederbefragungen. Ende 1992 wird ein Organisationsbericht der Projektgruppe mit Empfehlungen erarbeitet.

Die zielgruppenspezifische Konkretisierung von 'SPD 2000' sei am Beispiel demographischer Entwicklung erläutert: Es findet derzeit eine Serie von Zukunftskongressen 'Unsere Gesellschaft wird älter' statt. Geplant sind eine kommerzielle Werbekampagne 'Alter ist, was wir daraus machen', innerparteiliche Modellversuche, eine bundesweite Großveranstaltung 1993, sowie die Unterstützung von regionalen Seniorenaktivitäten (Seniorentage, Seniorenwahlkämpfe, Seniorenkulturprojekte) durch das EOH. Als Planungs- und Steuerungsinstrumente beim Parteivorstand sind zwei Gremien neu berufen beziehungsweise neu zugeschnitten worden, die jeweils von Hans-Ulrich Klose federführend betreut werden: die Kommission 'Demographischer Wandel' mit Vertretern aus Politik, Administration und Wissenschaft, sowie der Seniorenbeirat, in dem sich regelmäßig die gewählten beziehungsweise benannten Seniorenbeauftragten der SPD-Landesverbände und -bezirke treffen. Auch in einer wachsenden Zahl von SPD-Untergliederungen wird Abschied genommen von traditioneller 'betreuender' Alterspolitik. Die 'neuen aktiven' Alten machen sich bemerkbar. Ob es künftig neben Jusos, ASF und AIA für die Senioren eine zusätzliche große Arbeitsgemeinschaft geben wird, ist noch nicht entschieden. Nach einer aktuellen Studie des EOH befürworten 86 Prozent der Mitglieder und 63 Prozent der Funktionäre die Einrichtung einer derartigen AG.

SPD-Modernisierung im Vergleich

Ein derartiges Vorhaben muß sich auch an den Modernisierungsabemühungen anderer messen lassen. Trotz gelungener programmatischer Erneuerung und personellem Generationswechsel begegnen wir nach wie vor der Argumentationsfigur, die Sozialdemokratie besitze gegenüber anderen Parteien oder den Gewerkschaften einen spezifischen Modernisierungsrückstand. Auf der SPD würden - aus der Arbeiterbewegung stammend - "Traditionen als Handikap" (Peter Grate) besonders schwer lasten und die "kulturelle Vergröberung" (Wolfgang Michal) wäre bei der SPD deutlicher als bei anderen sichtbar. Nach unserer Auffassung trifft diese These von der Vorbildlichkeit der Modernisierung anderer nicht zu. Die Innovationen des Modernisierungsschubs der CDU aus der Mitte der 70er Jahre sind längst aufgebraucht. Zwar wäre es vorzuziehen einen "unaufhaltsamen Niedergang der Union" zu konstatieren, jedoch lassen sich heute Leistungsdefizite der Christdemokraten feststellen. Erinnerung sei an den starken Mitgliederschwind, an die erneute Reduzierung der Partei zum "Kanzlerwahlverein", oder an die Legitimationskrise durch die neuen belasteten ehemaligen Blockparteimitglieder aus dem Osten.

Überdies gibt es auch ernstzunehmende Hinweise auf die Ambivalenz von Modernisierungsschritten der CDU. Peter Haungs verwies in diesem Zusammenhang nicht nur auf die Überforderung der Mitglieder und Untergliederungen, sowie auf Reibungsverluste durch Tempo und Partialinteressen, sondern stellte sich die Effektivität des Planungsmanagements des Adenauer-Hauses in der Rückschau dezidiert und begründet in Frage. Sozialwissenschaftler, Publizisten und Planer anderer Parteien müssen sich fragen lassen, ob nicht ihr Bild vom Modernisierungsstand der CDU die Wirklichkeit mehr beeinflußt hat als der reale Output der Parteizentrale.

Die Modernisierung der Gewerkschaften andererseits blieb nach unserem Eindruck wesentlich auf der Ebene programmatischer Erneuerung und partieller organisatorischer Effizienzsteigerung. So haben sie in den Zentralen, allen voran die IG Metall, gelernt, Ende der 80er den gesellschaftlichen Zukunftsdiskurs nicht nur aufzugreifen, sondern ihm auch eigene Impulse zu verleihen. Die Operationalisierung in die betriebliche Alltagspolitik steckt allerdings erst in den Anfängen, im Hinblick zum Beispiel auf die Ökologisierung der Produktion steht gewerkschaftliches Handeln nach wie vor im Spannungsfeld von bloß symbolischen Bekenntnissen und einzelnen, von besonders engagierten Akteuren durchgesetzten Ausnahmeprojekten.

Parteien wie andere Großorganisationen werden auf einige zentrale Fragen in durchaus pragmatischer Absicht Antworten formulieren müssen:

1. Welche ausgewählten Dienstleistungen wollen sie wie professionalisieren?
2. Wie modifizieren sie ihre Zielgruppenarbeit anhand insbesondere auch neuer Milieuanalysen?
3. Wie aktivieren sie gesellschaftliches Zukunftswissen für ihre Arbeit? Aktuelle sozialwissenschaftliche Studien der SPD, der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie auch der Konrad-Adenauer-Stiftung liefern Grundlagen für diese Aufgaben. Doch kann die Auswertung derartiger Ergebnisse der empirischen Sozialforschung nur ein Element zur Entwicklung operationalisierbarer Vorschläge zur Effektivierung und Verlebendigung der Parteien sein. Darüberhinaus müssen den Parteien- und Sozialforschern präzise Fragen gestellt werden, gilt es den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaftlern und der SPD zu verstetigen: Beispielsweise indem wir über ad-hoc-Gesprächskreise beziehungsweise das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie entsprechende organisatorische Angebote entwickeln werden.

(Bei der vorstehenden Analyse handelt es sich um einen Vorabdruck aus der Zeitschrift "Perspektiven ds")

(-/6. Mai 1992/rs/fr)
